

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Lambinus, Lutz, Stiegler, Kastner, Amling, Vahlberg, Leidinger, Kießlinger, Wimmer (Neuötting), Dr. Schöfberger, Bamberg, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Verlagerung des Knotenpunktbahnhofes Aschaffenburg

Die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, den Knotenpunktbahnhof Aschaffenburg aufzulösen.

Von dieser Maßnahme wären insbesondere die in diesem Gebiet angesiedelten Firmen betroffen, die ihren Güterverkehr über die Schiene abwickeln. Für sie ergäben sich längere Anfahrtswege zum nächsten Knotenpunktbahnhof. Bedingt durch die damit gleichzeitig steigenden Kosten und den länger benötigten Zeitaufwand, um Güter zu verladen bzw. entladen, wird es aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Verlagerung des Güterverkehrs auf die Straße kommen. Eine Maßnahme, die unter verkehrspolitischen Gesichtspunkten gerade nicht gewollt wird.

Des Weiteren ist bei dieser geplanten Auflösung des Knotenpunktbahnhofes Aschaffenburg sicherlich auch die zu erwartende Arbeitsplatzverlagerung der Eisenbahner und Eisenbahnerinnen der Deutschen Bundesbahn im Raum Aschaffenburg von großer Bedeutung. Nicht nur ihnen, sondern auch ihren Familien wird ein großes Opfer abverlangt. So könnten sie gezwungen sein, ihren Wohnort zu wechseln und damit langjährige soziale Beziehungen aufzugeben, oder sie wären genötigt, lange Anfahrtswege zu ihrer neuen Arbeitsstätte in Kauf zu nehmen.

Es entsteht so der Eindruck, daß es der Deutschen Bundesbahn bei dieser Verlagerung des Knotenpunktbahnhofes nicht um eine erhöhte Attraktivität des Güterverkehrs geht, sondern lediglich Einsparungen im Personalbereich vorgenommen werden sollen, die im Gegenteil zu Lasten der Attraktivität der Deutschen Bundesbahn gehen.

Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Wie bewertet die Bundesregierung die Absicht der Deutschen Bundesbahn, Knotenpunktbahnhöfe aufzulösen und deren Aufgaben in Ballungszentren zu verlagern?
2. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine Auflösung von Knotenpunktbahnhöfen außerhalb der Ballungszentren zu einer verminderten oder gesteigerten Attraktivität des Güterverkehrs führt, und wie begründet sie diese Auffassung?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, welche Rationalisierungen sich die Deutsche Bundesbahn von einer Auflösung des Knotenpunktbahnhofes Aschaffenburg erhofft, und wie bewertet sie diese Absicht?
4. Welche Einsparungen wären nach Meinung der Bundesregierung bei einer Angliederung des Bahnhofes Hanau an Aschaffenburg im Bereich der Deutschen Bundesbahn zu erzielen gewesen?
5. Ist der Bundesregierung bekannt, warum die Untersuchung durch die Interne Revision beim Vorstand der Deutschen Bundesbahn einseitig zu Lasten von Aschaffenburg vorgenommen wurde?

Welche Gründe lagen hierbei vor?

6. Wie viele Arbeitsplätze der Eisenbahner im Aschaffenburger Raum würden bei einer Realisierung der Auflösung des Knotenpunktbahnhofes Aschaffenburg eingespart, und welche Folgen ergäben sich für die betroffenen Arbeitnehmer/innen und ihre Familien?
7. Mit welchen weiteren Rationalisierungen im Aschaffenburger Raum ist nach Meinung der Bundesregierung als Folge der Auflösung des Knotenpunktbereiches Aschaffenburg zu rechnen?
8. Zu welchem Zeitpunkt ist nach den gegenwärtigen Vorstellungen der Deutschen Bundesbahn die Auflösung des Rangierknotenpunktbahnhofes Aschaffenburg beabsichtigt.

Bonn, den 15. Februar 1990

Lambinus

Lutz

Stiegler

Kastner

Amling

Vahlberg

Leidinger

Kießlinger

Wimmer (Neuötting)

Dr. Schöfberger

Bamberg

Dr. Vogel und Fraktion